

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co. Milch-Chocolade No. 600. Hohlloferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden. Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Wegbegleiter
Wiederholte die Dresden bei täglich post-
mäßiger Zustellung (an
Herrn v. Schönerm
nur einmal) 1,50 Mk.
auch einjährige Reise
mit 1,50 Mk.
Bei einjähriger
Zustellung wird die
1,50 Mk. (ohne Briefporto).
Die bei Herrn v.
Schönerm u. Umgebung
an Tage vorher zu
geliefert. Herrn v. Schö-
nerm erhalten sie auch
wichtigen Besizer mit
bei Morgen - Rückgabe
genommen. Preisliste.
Bestellen Sie mit best-
möglicher Couvertur
(Brosch. Nr. 7) zu
1,50 Mk. - Unverzügliche
Manuskripte werden
nicht angenommen.

Wegbegleiter
Wiederholte die Dresden bei täglich post-
mäßiger Zustellung (an
Herrn v. Schönerm
nur einmal) 1,50 Mk.
auch einjährige Reise
mit 1,50 Mk.
Bei einjähriger
Zustellung wird die
1,50 Mk. (ohne Briefporto).
Die bei Herrn v.
Schönerm u. Umgebung
an Tage vorher zu
geliefert. Herrn v. Schö-
nerm erhalten sie auch
wichtigen Besizer mit
bei Morgen - Rückgabe
genommen. Preisliste.
Bestellen Sie mit best-
möglicher Couvertur
(Brosch. Nr. 7) zu
1,50 Mk. - Unverzügliche
Manuskripte werden
nicht angenommen.

REINHARDT LEUPOLD
Specialfabrik für
GARTENSCHLÄUCHE
DRESDEN-A.
Lager:
Wettlingstraße 172a,
Ecke Reinhard-Strasse.

Raucht PATENT STROMUNGSTÜCK CHALETTE VON 3 Pfg. an
Egyptian Cigarette Company
Cairo - Berlin W. 64. - Frankfurt a. M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber,
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Heinsius-Schliesser
beste Türschliesser der Welt
Sächs. Automaten- & Türschliesser-A.-G.
Dresden, Hopfgartenstrasse 28.
Fernsprecher 638. - Reparaturen billigst.

Tuchwaren.

Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche.** Verkaufsstelle der vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Kgl. Sächs. Staatsforstbeamte.

Hermann Pörschel

Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Nutmäßige Witterung: Warm, Gewitterneigung.
Der König hat sich gestern zur Auerhahnjagd nach Bad-Esther begeben.
Kaiser Wilhelm wird Mitte Mai zu kurzem Aufenthalt in Wien eintreffen.
Der Reichstag beschäftigte sich gestern in zweiter Lesung mit der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, zur Zivilprozessordnung, zum Gerichtskostengesetz und zur Gebührenordnung für Rechtsanwälte.
Das Preussische Abgeordnetenhaus begann die Beratung des Kullusetats.
Das neue Militärschiff „Groß II“ unternahm gestern eine 1 1/2stündige Fahrt.
Der ungarische Ministerrat hat die Demission des Kabinetts Weferele beschlossen.
Das türkische Kabinett hat seine Gesamt-Demission überreicht; die Nationalversammlung ist von San Stefano nach Konstantinopel zurückgekehrt.
Ueber Konstantinopel ist der Belagerungsstand verhängt worden.

Neue Hindernisse.

Fast schien es, als ob die Reichsfinanzreform endlich bessere Chancen bekommen sollte, denn unter dem Druck der öffentlichen Meinung gewann die erweiterte Reichsbeitragssteuer an günstigen Ausfichten auf Annahme durch die Blockparteien. Auch in konservativen Kreisen wuchs die Stimmung zugunsten der Reichsbeitragssteuer, und man behauptet sogar, daß sich innerhalb der konservativen Reichstagsfraktion nicht, wie es anfänglich hieß, nur zwölf, sondern an zwanzig Abgeordnete dafür ausgesprochen hätten. Nun ist am letzten Sonnabend ziemlich überraschend ein konservativer Antrag auf Einführung einer Reichs-Beitragssteuer in der Finanzkommission eingebracht worden. Darnach soll sowohl der Wertzuwachs von Grund und Boden in Stadt und Land, als auch der Konjunkturgewinn von Wertpapieren getroffen werden. Was die Konservativen veranlaßt hat, gerade jetzt, wo die Zeit drängt, mit diesem neuen Vorschlag hervortreten, ist nicht recht ersichtlich, auch ist darüber eine parteiöffentliche Erklärung nicht abgegeben worden. Nutmahungen über die Gründe des konservativen Vorgehens scheinen deshalb recht überflüssig, und man kann es getrost den Feinden der konservativen Partei überlassen, sich in allerlei groben Verdächtigungen zu ergehen, an denen es in der Presse nicht fehlt. Auch mit diesem neuen Steuerprojekt zeigen die Konservativen jedenfalls ihre Bereitwilligkeit, eine Reichsbeitragssteuer von etwa hundert Millionen Mark aufzubringen. Ob es aber möglich und ratsam ist, die Wertzuwachssteuer, wie beabsichtigt, an Stelle der Erbschaftsteuer zu setzen, darf sehr dahingestellt werden. Die Regierung und der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung halten an dem Erbschaftsteuerprojekt nach wie vor fest, weil sie in ihm die beste Form einer Reichsbeitragssteuer erblicken. Auch läßt sich nicht leugnen, daß durch die Debatten über den konservativen Antrag wieder viel Zeit beansprucht werden wird, ohne daß ein sicheres Ergebnis abzusehen wäre. Eine neuerliche Zuspitzung der politischen Situation scheint demnach unvermeidlich zu sein; schon wird von allen Seiten eifrig papierne Geschütz aufgeföhren, um das Bombardement des Für und Wider mit aller Kraft zu eröffnen. Wie die Regierung sich zu dem konservativen Antrag stellen wird, ist noch nicht ersichtlich, aber unwahrscheinlich ist, daß sie die Erbschaftsteuer zugunsten der Wertzuwachssteuer ganz fallen lassen wird. Höchstens wird sie die letztere Steuer neben der Erbschaftsteuer akzeptieren, um den Ausfall an anderen Steuern auszugleichen; man sagt, die Regierung habe bereits ein Wertzuwachssteuerprojekt fertig ausgearbeitet und zur Vorlage an den Reichstag bereit. Unter der Bedingung des Nebeneinander beider Steuern wären wohl auch die Liberalen und Freisinnigen nicht abgeneigt, unter bestimmten Voraussetzungen auf den konservativen Antrag näher einzugehen. Mehrfach haben sich in letzter Zeit auch auf der Linken Stimmen erhoben, die für die Einführung einer Reichs-Wertzuwachssteuer eingetreten sind, man will von ihr nur insoweit nichts wissen, als sie nach konservativem Antrag ausdrücklich als Ersatz für eine völlige Befreiung der geplanten Erbschaftsteuer gedacht ist.

So ergibt sich folgendes recht unerfreuliche Bild der neuerschaffenen Lage: Konservative und Zentrum werden geschlossen für die Erhebung der Erbschaftsteuer durch die vorgeschlagene Wertzuwachssteuer eintreten. Die Liberalen und Freisinnigen werden sich mit aller Kraft dagegen wehren und verlangen, daß — wenn überhaupt — die Wertzuwachssteuer neben der Erbschaftsteuer eingeführt wird, aber nicht als Ersatz. Man muß sich also auf neue erbitterte Kämpfe in der Kommission gefaßt machen, Kämpfe, aus denen nur das machtlose Zentrum Vorteile ziehen kann, während der Block gegebenenfalls das Nachsichere haben wird. Die führenden Zentrumsblätter, „Sächsische Volkszeitung“ und „Germania“, reiben sich schon schmerzhaft die Hände, weil sie sich in der behaglichen Rolle der tertii gaudentes fühlen. Gewiß darf man auf die Haltung der verbündeten Regierungen diesen neuen Hemmnissen gegenüber sein. Werden sie hart bleiben und auf dem einmal eingenommenen Standpunkt bezüglich der Erbschaftsteuer beharren? Das ist um so mehr anzunehmen, als sich Fürst Bülow noch jüngst dahin ausgesprochen hat und eine Schwankung in dieser Frage vom deutschen Volke nicht verstanden werden würde. Man hat im Lande das fruchtlose Hin- und Hergerate bis oben hinaus satt und wünscht endlich Taten zu sehen. Statt dessen stehen jetzt wieder endlose theoretische Erörterungen über die Wertzuwachssteuer bevor, wodurch die kostbare Zeit verplempert wird. Die Herren im Reichstag mögen die Geduld des deutschen Volkes nicht überschätzen, auch hier gibt es eine Grenze! Falls der Reichstag weiter so fortwurzelt, darf er sich nicht wundern, wenn er jeden Kredit verliert und ihm bei etwaiger Auflösung kein Mensch eine Träne nachweint. Die „Völkische Zeitung“ gibt dem Empfinden weitestgehend treffenden Ausdruck, wenn sie zur Lage schreibt: „Nach dem alten Beispiele der sächsischen Konservativen möchte man zu hoffen, daß die Partei mit raschem Entschluß aus der Sachgasse heraustreten und den Widerstand gegen die Erbschaftsteuer aufgeben würde. Man glaube, über den ersten Berg der Nachlasssteuer glücklich hinweg zu sein und nun zur Erledigung des Verbrauchsteuerkapitels übergehen zu können, da türmt sich wieder ein neuer Ball auf. Wie soll es dann noch möglich sein, bis an den Sommerferien das schwierige Reformwerk zu Ende zu führen? Wir können den Konservativen nur immer wieder aufs neue raten, sich Spekulationen, die Erbschaftsteuer entbehrend zu machen, nicht weiter hinzuziehen.“ Aus dem letzten Satz ist zu ersehen, daß die sächsische Regierung ebenso wie die anderen an der Erbschaftsteuer unentwegt festhält. Demgegenüber sollten die Konservativen, wenn sie die vitalen Interessen ihrer Partei recht verstehen, den Widerstand endlich aufgeben. Die konservative Partei hat bisher den hohen Ruhm für sich in Anspruch nehmen können, jederzeit — fern von allem Doktrinarismus — eine praktische und national großzügige Politik getrieben zu haben. Darauf beruht ihr Ansehen in deutschen Landen, und wir sind der festen Hoffnung, daß diese große Tradition auch bezüglich der Reichsfinanzreform schließlich den Sieg über alle anderen, wenn auch noch so berechtigten Erwägungen und Bedenken davontragen wird. Vielleicht ist der konservativen Antrag überhaupt nur die Einleitung eines Rückwärtschrittes in Sachen der Erbschaftsteuer gewesen...

Es wäre schon eine wesentliche Erleichterung der Lage, wenn die Konservativen die Wertzuwachssteuer nur neben der Erbschaftsteuer verlangen würden. Damit wäre wenigstens prinzipiell sofort die Mitwirkung der übrigen Blockparteien auch in dieser Frage gegeben. Natürlich würde es auch dann noch zu manchen harten Kämpfen über die Art und Ausgestaltung der Steuer kommen. Der konservativen Antrag verbindet den Gedanken einer Wertzuwachssteuer auf Grund und Boden in Stadt und Land mit dem einer Zuwachssteuer auch auf Wertpapieren, das heißt auf den Konjunkturgewinn. Von letzterer Steuer will aber die Linke um keinen Preis etwas wissen, weil sie davon eine große Schädigung des Börsengeschäfts und eine Flucht des deutschen Kapitals ins Ausland befürchtet, wodurch der Ertrag der Steuer ganz verschwindend sein würde. Auch die im konservativen Antrag eventuell angelegte Veranschlagung des Börsenumsatzstempels findet in den beteiligten Kreisen sehr wenig Gegenliebe. Ebenso findet man es ungerecht, daß laut Antrag der städtische Grundbesitz etwa mit 38 Millionen, der ländliche aber nur mit 6 Millionen belastet werden soll. Uns ist eine Wertzuwachssteuer für das Reich vornehmlich aus zwei Gründen nicht sehr sympathisch: erstens halten wir sie in Anbetracht der schwankenden Kon-

junkturen für sehr unsicher und wechselnd in den Ergebnissen, denn wo bleibt, wenn in Zeiten sinkender Konjunktur die Gewinne geringer werden, der Steuerertrag, auf den, wenn die Steuer für die Reichsfinanzen ernsthaft in Betracht kommen soll, mit einiger Sicherheit gerechnet werden muß? Aber auch davon abgesehen, daß die Wertzuwachssteuer als recht unsicherer Kantontik im Etatvoranschlag fungieren würde, bleibt zu bedenken, daß eine Wertzuwachssteuer des Reiches auf Grund und Boden einen schweren Eingriff in die Steuerpolitik der Kommunen bedeuten würde. Sie haben auf diese Steuer das erste Anrecht, denn sie tragen durch ihre Aufwendungen für Straßenbau, Kanalisation, Wasserleitung, Gas- und Elektrizitätsbeleuchtung usw. am meisten zur Wertberhöhung der Grundstücke bei. Auch kann die Steuer auf Wertzuwachs durch die Kommunen den örtlich sehr verschiedenen und zeitlich sehr oft wechselnden Bedürfnissen der einzelnen Gemeinden viel besser angepaßt werden, als durch die Linke der Reichsgelehrte sozusagen im Kamischverfahren. Es ist richtig, daß viele Bodenreformer, so Wagner und Tamasske, die Steuer als Reichssteuer wünschen, vielleicht auch aus dem Grunde, um ihre Einführung nicht in das Belieben der Gemeinden zu stellen und so ihre allgemeine Aufnahme sicher zu stellen; aber ebenso sicher ist, daß mit guten Gründen dafür eingetreten wird, sie den Gemeinden zu erhalten. Aus solchen Erwägungen heraus stehen wir einer Wertzuwachssteuer für das Reich, wie schon gesagt, nicht sehr sympathisch gegenüber: sie ist, richtig begriffen, ein Reservatgebiet der kommunalen Steuerpolitik und für das Reich selbst wegen der ewigen Konjunkturschwankungen keine geeignete Grundlage für den Aufbau dauernder und gleichmäßig fließender Einnahmen.

Zur türkischen Krise.

Konstantinopel. Das Kabinett überreichte gestern sowohl dem Sultan wie auch dem Parlament seine Gesamt-Demission.
Konstantinopel. Die Nationalversammlung ist heute früh unter militärischer Bedeckung aus San Stefano zurückgekehrt und wird hier eine streng geheime Sitzung abhalten, in der sie, wie man sagt, die Entscheidung über den Sultan treffen wird.
Konstantinopel. (Priv.-Tel.) Der Scheich ul Islam erklärt die Meldung, man sei wegen der Regelung der Thronfolge an ihn herangetreten, für unbearbeitet.
Konstantinopel. Nach Angaben des Ministers des Aeußeren hat auf Wunsch des Sultans gestern Abend ein macedonisches Bataillon den Jildis besetzt.
Konstantinopel. Die Lage ist gegenwärtig gekennzeichnet durch die Behauptung der an dem Militärstand Schuldigen. Es sind mehrere Kriegsrichter mit der Untersuchung befaßt. Die Militärkisten sollen zahlreich sein, doch ist die Zahl von mehreren Hunderten übertrieben. Unter den Militärkisten befinden sich auch viele Goldstücke; auch einige Zivilisten werden handrechtlich abgeurteilt. Einer kürzigen Behauptung nicht insbesondere das vierte Bataillon der Salonischer Jäger entgegen, dessen Mannschaften truppenweise gebunden unter scharfer Bewachung abgeführt werden. — General Schewket erklärte allen Fragen bezüglich des Sultans gegenüber: Die Aufgabe der Armee sei erfüllt. Wenn die Ordnung und Ruhe wiederhergestellt und die Schuldigen verurteilt seien, werde es Sache des Parlaments sein, zu urteilen, ob auch der Sultan an den letzten Vorkäufen Schuld treffe. Solange dies nicht erwiesen, seien alle hierauf bezüglichen Gerüchte haltlos.
Konstantinopel. Heute vormittag 10 Uhr ist in der Taximlaserne, die vorgestern Widerstand geleistet hat, eine Feuersbrunst ausgebrochen. Die Truppenbewegungen in der Stadt und in der Umgebung dauern fort. Die Stadt hat aber beinahe wieder ihr gewöhnliches Aussehen, die Geschäfte sind wieder geöffnet und alle Verkehrswege wiederhergestellt. Ueberall herrscht große Bewegung. Gestern ist ein Militärauszug aus Debeagatsch eingetroffen. Zwei weitere folgen heute. Es sind nur wenige türkische Blätter erschienen.
Konstantinopel. Nach Angaben, die aus Kreisen des Oberkommandos stammen, bezweckt die Besetzung des Jildis hauptsächlich die Beschlagnahme der dortigen militärischen Depots und Anstalten.
Konstantinopel. Bei der Pforte sind Meldungen eingelaufen, denen zufolge in Erzerum eine reaktionäre Militärangebung unter ganz analogen Verhältnissen wie in Konstantinopel ausgebrochen ist. Die Mannschaft besteht die Offiziere und verlangte die Wiederherstellung des Scheriatrechts. Die Regierung wendet alle Mühe an, einen Ausbruch von Wirren zu verhindern.
Köln. Der „Köln. Zig.“ wird aus Konstantinopel von heute vormittag gemeldet, eine Nachricht über